

BACHELORARBEIT

Untersuchung und Entwurf einer möglichen Interaktionsstelle zwischen Beitragszahler und öffentlich-rechtlichen MedienUntersuchung und Entwurf einer möglichen Interaktionsstelle zwischen Beitragszahler und öffentlich-rechtlichen Medien

—

vorgelegt am 26. März 2022

Felix Linz

Erstprüferin: Sven Janzen   
Zweitprüfer: Prof. Thomas Görne

—

HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE  
WISSENSCHAFTEN HAMBURG  
Department Medientechnik  
Finkenau 35  
20081 Hamburg

# Zusammenfassung

Die öffentlich-rechtlichen Medien gelten als zentrales Element demokratischer Öffentlichkeit – und stehen zugleich immer häufiger in der Kritik. Diese Arbeit untersucht, ob und wie Beitragszahlende über eine digitale Schnittstelle Einfluss auf inhaltliche Entscheidungen öffentlich-rechtlicher Medien nehmen könnten. Ausgehend von einer kritischen Analyse bestehender Strukturen und deren historischer wie technologischer Genese, werden spekulative Modelle partizipativer Interaktion entwickelt, deren gesellschaftlicher Nutzen und mögliche Risiken im Spannungsfeld zwischen Medienethik, demokratischer Teilhabe und technologischem Wandel reflektiert werden. Ziel ist nicht nur ein gestalterischer Entwurf, sondern auch die Befragung seiner praktischen, politischen und ethischen Realisierbarkeit.

# Abstract

Public service media are considered a core pillar of democratic society—yet they are increasingly facing public criticism. This thesis explores whether and how license fee payers could exert influence on editorial decisions through a digital interface. Starting with a critical analysis of existing governance structures and their historical and technological foundations, speculative models of participatory interaction will be developed. These will be evaluated in light of their democratic potential, ethical implications, and practical feasibility. The project combines design research with media ethics, aiming to not only create a prototype but also reflect on its broader societal and political relevance.

**Inhaltsverzeichnis**

Zusammenfassung ii

Abstract ii

Abkürzungsverzeichnis (bei Bedarf) v

Abbildungsverzeichnis vi

Tabellenverzeichnis (bei Bedarf) vii

Formelverzeichnis (bei Bedarf) viii

1. Einleitung und zentrale Fragestellung i

2. Öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland: Struktur, Auftrag und Funktion ii

Was sind öffentlich-rechtliche Medien, und was ist ihr gesetzlicher Auftrag? iv

Was bedeutet der Begriff? iv

Funktionsprinzip v

Duale Medienordnung und Finanzierung vi

Kontrolle vi

2.1 Gesellschaftliche Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks viii

2.3.2. Zufriedenheit xiv

2.2 Historische Entwicklung xv

3. Technologische Veränderungen und ihre Bedeutung xvi

4. Interaktion der Beitragszahler mit öffentlich-rechtlichen Medien xvi

5. Die GEZ xvi

5.1 Verteilung finanzieller Ressourcen xvii

6. Gesellschaftliche Partizipation und internationale Perspektiven xviii

6.1 Gesellschaftliche Partizipation xviii

6.1 Internationale Beispiele partizipativer Medien-Governance xviii

7. Technologische und inhaltliche Anforderungen heute xviii

8. Methodisches Vorgehen und gestalterische Haltung xviii

9. Prototypische Entwürfe als Lösungsansätze xviii

10. Gefahren xix

11. Gesellschaftlicher Nutzen xix

11.1 Mögliche Langzeitwirkungen und Zukunftsszenarien xix

Literaturverzeichnis xx

Anhang xxi

Eigenständigkeitserklärung xxii

Abkürzungsverzeichnis *(bei Bedarf)*

ÖR Öffentlich-rechtliche Medien

Bei der Gestaltung des Abkürzungsverzeichnisses gilt es zu beachten, dass in der Regel nur solche Abkürzungen angegeben werden, die nicht Teil des üblichen Sprachgebrauchs sind. Abkürzungen wie   
z. B., u. a. oder bzw. gehören nicht in ein Abkürzungsverzeichnis. Ob ein Abkürzungs-, Abbildungs-, Tabellen- oder Formelverzeichnis oder andere Verzeichnisse erforderlich sind, hängt von der Anzahl der aufzulistenden Elemente ab.

Abbildungsverzeichnis

[Abbildung 1: Absatzmarken anzeigen lassen](#bookmark) 1

[Abbildung 2: Aktualisierung der Verzeichnisse](#bookmark1) 2

[Abbildung 3: Silbentrennung](#bookmark2) 2

[Abbildung 4: Abbildungsbeschriftung](#bookmark3) 3

Tabellenverzeichnis *(bei Bedarf)*

[Tabelle 1: Tabellenbeschriftung Quelle: Eigene Darstellung](#bookmark4) 4

Formelverzeichnis *(bei Bedarf)*

[Formel 1: Berechnung der absoluten Summenhäufigkeit bei univariaten Datenanalysen](#bookmark5) 3

# Einleitung und zentrale Fragestellung

* Gibt es bessere Alternativen zur Steuerung öffentlich-rechtlicher Medien und zur Verwendung von Rundfunkbeiträgen in Deutschland?
* Was ist Sinn und Zweck öffentlich-rechtlicher Medien und des Rundfunkbeitrags?
* Welche Themen sind für die Gestaltung von Alternativen entscheidend?

Die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland stehen unter doppeltem Druck: einerseits durch technologische Umbrüche, andererseits durch eine wachsende gesellschaftliche Skepsis gegenüber ihrem Auftrag, ihrer Struktur und ihrer Repräsentativität. Die Beiträge zur Finanzierung dieser Institutionen sind verpflichtend – die Einflussmöglichkeiten der zahlenden Öffentlichkeit hingegen begrenzt. Gleichzeitig steigt das Bedürfnis nach Sichtbarkeit, Teilhabe und Mitgestaltung medialer Strukturen, die den Anspruch erheben, „für alle“ da zu sein.

Diese Arbeit nimmt ihren Ausgangspunkt in einem demokratischen Spannungsverhältnis: Wie lässt sich ein System gestalten, das sowohl unabhängig als auch rückgebunden an seine Öffentlichkeit agiert? Gibt es realistische Alternativen oder Ergänzungen zur gegenwärtigen Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – insbesondere in Bezug auf Transparenz, Legitimation und Partizipation?

Ziel dieser Arbeit ist es, im Rahmen eines spekulativen Designprojekts zu untersuchen, ob und wie eine konkrete, digitale Schnittstelle zwischen Beitragszahler\*innen und den öffentlich-rechtlichen Medien gestaltet werden könnte. Dabei soll Gestaltung nicht als dekorativer Zusatz, sondern als Mittel gesellschaftlicher Erkenntnis und Intervention verstanden werden. Die Arbeit bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Medienethik, öffentlicher Governance, demokratischer Teilhabe und spekulativem Service Design.

Zentrale Leitfrage ist:  
Gibt es bessere oder ergänzende Modelle zur Steuerung öffentlich-rechtlicher Medien und zur Verwendung der Rundfunkbeiträge – und wie könnten diese gestaltet sein?

Zur Beantwortung dieser Frage wird die Arbeit sowohl systemische, historische und technologische Bedingungen analysieren als auch mit prototypischen Entwürfen spekulative Gestaltungsperspektiven aufzeigen.

# 2. Öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland: Struktur, Auftrag und Funktion

* Was sind öffentlich-rechtliche Medien, und was ist ihr gesetzlicher Auftrag?
* **was bedeutet der Begriff**

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine zentrale Säule der freien Meinungsbildung in Deutschland. Die westlichen Alliierten förderten nach 1945 den Aufbau regional verankerter, staatsferner und nicht kommerzieller Rundfunkanstalten in öffentlicher Trägerschaft, die sich unter dem Dach der ARD vernetzten. Die britische BBC galt als Vorbild, die Stärkung der jungen Demokratie war das Ziel. Nach den verheerenden Erfahrungen mit staatlich gelenkter Propaganda im Nationalsozialismus und im Staatssozialismus erschien es besonders zentral, unabhängige Informationen bereitzustellen und eine ausgewogene Ansprache und Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten. -Friedrich Ebert Stiftung

* **was unterscheidet öffentlich rechtliche Medien in Deutschland von anderen Medien**

Neben den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, der ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland), dem ZDF und dem Deutschlandradio, gibt es seit Anfang 1984 auch privatwirtschaftlich-kommerzielle Sender. Während Letztere werbefinanziert sind und keinen speziellen Programmauftrag verfolgen, werden die Öffentlich-Rechtlichen zu etwa 80 Prozent durch Rundfunkgebühren finanziert und sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Ihr Auftrag lautet: Gewährleistung einer vom Staat unabhängigen Grundversorgung mit Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung. -Piepenbrink2009

* **wer sind die öffentlich rechtlichen in deutschland**

Zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehören in Deutschland heute die neun Landesrundfunkanstalten der ARD, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) und das Deutschlandradio. -Kurz und Knapp Redaktion 2020

* **gibt es ein Funktionsprinzip das öffentlich rechtliche Medien bindet? (programmauftrag, rundfunk staatsvertrag, grundversorgungsauftrag)**

Der Medienstaatsvertrag ist der Nachfolger des Rundfunkstaatsvertrags, der seit 1991 galt und immer wieder erweitert wurde.-ARD2024

Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird durch den Rundfunkstaatsvertrag geregelt. Mit ihren Angeboten sollen sie zum Prozess der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beitragen und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft erfüllen. Sie sind dazu verpflichtet, einen umfassenden Überblick über das Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Die Angebote müssen der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung dienen. Explizit wird der besondere Fokus auf die Kultur erwähnt.

Um diesen Auftrag zu erfüllen, müssen sich die die öffentlich-rechtlichen Sender an bestimmte Programmgrundsätze halten. So sollen sie Objektivität, Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit wahren und einen Beitrag zur Verwirklichung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung leisten. Um auch wirtschaftlich unabhängig zu sein, werden sie nicht aus Steuern, sondern vorrangig durch Rundfunkgebühren finanziert. -KurzundKnappRedaktion2020

Der Begriff Grundversorgung wurde 1986 vom Bundesverfassungsgericht im 4. Rundfunkurteil geprägt. Im sogenannten Niedersachsenurteil heißt es: „In der dualen Ordnung des Rundfunks, wie sie sich gegenwärtig in der Mehrzahl der deutschen Länder auf der Grundlage der neuen Mediengesetze herausbildet, ist die unerlässliche ‚Grundversorgung‘ Sache der öffentlich-rechtlichen Anstalten, deren terrestrischen Programme nahezu die gesamte Bevölkerung erreichen und die zu einem inhaltlich umfassenden Programmangebot in der Lage sind. Die damit gestellte Aufgabe umfasst die essentiellen Funktionen des Rundfunks für die demokratische Ordnung ebenso wie für das kulturelle Leben in der Bundesrepublik. Darin finden der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine besondere Eigenart ihre Rechtfertigung. Die Aufgaben, welche ihm insoweit gestellt sind, machen es notwendig, die technischen, organisatorischen, personellen und finanziellen Vorbedingungen ihrer Erfüllung sicherzustellen.“ (BVerfGE 73, 118 – 4. Rundfunkentscheidung)

**-wie wird der öffentlich rechtliche Rundfunk finanziert?**

Die Rundfunkgebühren sind die vorrangige Finanzierungsquelle des ÖRR, welche um Einnahmen aus Werbung und anderen Quellen ergänzt wird. Um den Rundfunkbetrieb finanziell zu ermöglichen, hat das BVerfG den Gesetzgeber verpflichtet [eine bedarfsgerechte Finanzierung](https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv074297.html) zu gewährleisten.-Bovermann2024

**-ist der Rundfunk unabhängig? wie ist das organisiert und kontrolliert**

Ergänzt wird dies durch die Vorgabe, dass der ÖRR staatsfern agieren muss. Das bedeutet konkret, dass der Staat nicht selbst redaktionell tätig werden darf und auch keine anderen [journalistischen Angebote mittelbar oder unmittelbar](https://beck-online.beck.de/Bcid/Y-300-Z-ZUM-B-2023-S-666-N-1) beeinflussen darf. Dies beugt einer politischen Vereinnahmung vor und schließt einen Staatsfunk aus. So wird auch garantiert, dass antidemokratische (aber auch demokratische) Kräfte den ÖRR nicht für ihre Zwecke missbrauchen können.-Bovermann2024

Eine wichtige Rolle in der Corporate Governance spielen die internen Aufsichtsgremien, bei den ÖR sind das der Rundfunkrat (beim ZDF der Fernsehrat) und der Verwaltungsrat. Der Rundfunkrat (Fernsehrat) überwacht die Einhaltung der Programmgrundsätze, berät den Intendanten oder die Intendantin bei allgemeinen Programm­angelegenheiten, genehmigt den Haushalt und den Jahresbericht. Die Mitglieder des Rundfunkrates werden von gesellschaftlichen, weltanschaulichen und politischen Organisationen und Gruppen in den Rat entsandt, sollen aber im Interesse der Allgemeinheit entscheiden. Die zweite Kontrollinstanz innerhalb des ÖRRs sind die Verwaltungsräte, sie sollen die Geschäftsführung des Intendanten oder der Intendantin überwachen und kon­trollieren. Sie legen den Haushaltsplan und den Jahresabschluss fest und kontrollieren die Beteiligung des ÖR an Unternehmen. Auch im Verwaltungsrat kommen die Mitglieder aus der Mitte der Gesellschaft; die Mitgliedschaft ist – wie beim Rundfunkrat – ein öffentliches Ehrenamt. -Beck2023

Im Zuge der jüngsten Skandale steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter Reformdruck. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss in den kommenden Jahren ein effektives System der Unternehmensführung installieren und dessen Finanzierung muss überdacht werden. Darüber hinaus müssen Anpassungen an eine digitalisierte Medienwelt erfolgen. -Beck 2023

Hypothese: Für die Beantwortung der Kernfrage ist es essentiell zu verstehen, was genau öffentlich rechtliche Medien in Deustchland eigentlich sind, wie sie entstanden sind, und was ihr Auftrag ist. Ohne dieses Grundwissen wäre es weder möglich die Kernfrage inhaltlich zu beantworten, sondern auch nicht sinnvoll einen stichhaltigen Prototypen als Alternativ oder verbesserungsvorschlag zu gestalten.

Vorgeschlagene Argumentationsstruktur:

Hypothese > Was bedeutet der Begriff > Wer sind die öffentlich rechtlichen in Deutschland > Funktionsprinzip > Was unterscheidet ÖRR in DE von anderen Medien > wie wird der ÖRR finanziert > Ist der Rundfunk unabhägig > WICHTIG wie ist er organisiert, und vor allem kontrolliert? Gibt es hier Probleme? Hier muss eine die wichtige Kernfrage der BA aufgegriffen werden

## Was sind öffentlich-rechtliche Medien, und was ist ihr gesetzlicher Auftrag?

Für die Beantwortung der Kernfrage dieser Arbeit ist es unumgänglich zu verstehen, was genau öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland gegenwärtig sind und welchen Auftrag sie erfüllen. Ohne dieses Grundwissen wäre es weder möglich, die Legitimität bestehender Beteiligungsmechanismen zu bewerten, noch einen stichhaltigen Prototypen für eine potenzielle neue Mitgestaltungmöglichkeit für Beitragszahler\*innen zu entwickeln. Dieses Kapitel dient daher der begrifflichen und strukturellen Grundlegung.

### Was bedeutet der Begriff?

Die Friedrich Ebert Stiftung beschreibt auf ihrer Website den ÖRR in Deutschland folgendermaßen: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine zentrale Säule der freien Meinungsbildung in Deutschland. Die westlichen Alliierten förderten nach 1945 den Aufbau regional verankerter, staatsferner und nicht kommerzieller Rundfunkanstalten in öffentlicher Trägerschaft[…] Die britische BBC galt als Vorbild, die Stärkung der jungen Demokratie war das Ziel. Nach den verheerenden Erfahrungen mit staatlich gelenkter Propaganda im Nationalsozialismus und im Staatssozialismus erschien es besonders zentral, unabhängige Informationen bereitzustellen und eine ausgewogene Ansprache und Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten.„[[1]](#footnote-1). Demnach ist der ÖRR in Deutschland eine Sammlung selbstständig agierender Akteure, die nicht nur unabhängig agieren, sondern auch eine wichtige Rolle in der demokratischen Meinungsbildung Deutschlands einnehmen.

Zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland gehören heute die neun Landesrundfunkanstalten der ARD, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) sowie das Deutschlandradio[[2]](#footnote-2).

### Funktionsprinzip

Auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt die Redaktion von „Kurz & Knapp“ das Funktionsprinzip des ÖRR als Auftrag mit seinen Angeboten zum Prozess der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beizutragen und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Die Öffentlich-rechtlichen Medien seien dazu verpflichtet, einen umfassenden Überblick über das Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Die Angebote müssten der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung dienen. Explizit erwähnt werde ein besonderer Fokus auf die Kultur.

Um diesen Auftrag zu erfüllen, müssten sich die die öffentlich-rechtlichen Sender an bestimmte Programmgrundsätze halten. So sollten sie Objektivität, Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit wahren und so einen Beitrag zur Verwirklichung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung leisten. Um auch wirtschaftlich unabhängig zu sein, würden sie nicht aus Steuern, sondern vorrangig durch Rundfunkgebühren finanziert.[[3]](#footnote-3) Der [Medienstaatsvertrag](https://www.sueddeutsche.de/thema/Medienstaatsvertrag) ist der Nachfolger des Rundfunkstaatsvertrags, der seit 1991 galt und immer wieder erweitert wurde. Die Umbenennung solle signalisieren, dass das Gesetz jetzt nicht mehr nur für Fernsehen und Radio gelte, sondern auch für die vielen digitalen Medienanbieter.[[4]](#footnote-4) Allerdings gelten viele Grundsätze auch schon davor. So stellte das Bundesverfassungsgericht bereits 1986 klar:

„In der dualen Ordnung des Rundfunks, wie sie sich gegenwärtig in der Mehrzahl der deutschen Länder auf der Grundlage der neuen Mediengesetze herausbildet, ist die unerlässliche ‚Grundversorgung‘ Sache der öffentlich-rechtlichen Anstalten, deren terrestrischen Programme nahezu die gesamte Bevölkerung erreichen und die zu einem inhaltlich umfassenden Programmangebot in der Lage sind. Die damit gestellte Aufgabe umfasst die essentiellen Funktionen des Rundfunks für die demokratische Ordnung ebenso wie für das kulturelle Leben in der Bundesrepublik. Darin finden der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine besondere Eigenart ihre Rechtfertigung. Die Aufgaben, welche ihm insoweit gestellt sind, machen es notwendig, die technischen, organisatorischen, personellen und finanziellen Vorbedingungen ihrer Erfüllung sicherzustellen.“[[5]](#footnote-5)

Hieraus ergeben sich mehrere relevante Fragen. Zuallererst: Wie gestaltet sich diese „duale Ordnung“ im Falle Deutschlands konkret?

### Duale Medienordnung und Finanzierung

Neben den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, der ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland), dem ZDF und dem Deutschlandradio, der Deutsche Welle (DW), die in vielen Sprachen sendet und nur im Ausland zu empfangen ist[[6]](#footnote-6), gibt es seit Anfang 1984 auch privatwirtschaftlich-kommerzielle Sender. Johannes Piepenbrink, Redakteur von "Aus Politik und Zeitgeschichte“, beschreibt diese privaten Medien im Unterschied zum ÖRR als nicht werbefinanziert und an keinen bestimmten Auftrag gebunden, und im Gegensatz zum ÖRR auch nicht dem Gemeinwohl verpflichtet. Dagegen finanziere sich der ÖRR aus etwa 80 Prozent Rundfunkgebühren und habe den klaren Auftrag der gesamten Bevölkerung eine unabhängige Grundversorgung mit Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung zu bieten.[[7]](#footnote-7) Zur Finanzierung dürfen die ÖRR TV-Sender 20 Minuten täglich Werbung ausstrahlen. Nach 20 Uhr sowie Sonntags und Feiertags ist es ihnen allerdings untersagt Werbung zu senden.[[8]](#footnote-8) Demzufolge ist eines der wichtigsten Themen für die Funktionalität des ÖRR die finanzielle Unabhängigkeit, die ihm erst die Möglichkeit bietet, seine anderen Aufgaben unbefangen und gewissenhaft bewältigen zu können. Im ihrem juristischen Fachartikel „Öffentlich-rechtlicher (G)rundfunk“ schreiben Bovermann und Stowasser zur Finanzierung die Rundfunkgebühren seien die vorrangige Finanzierungsquelle des ÖRR, welche um Einnahmen aus Werbung und anderen Quellen ergänzt würden. Um den Rundfunkbetrieb finanziell zu ermöglichen, habe das BVerfG den Gesetzgeber verpflichtet [eine bedarfsgerechte Finanzierung](https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv074297.html) zu gewährleisten.[[9]](#footnote-9) Des weiteren schreiben sie dort über die hieraus entstehende Unabhängigkeit und „Staatsferne“. Diese bedeute Konkret, dass der Staat selbst weder redaktionell tätig sein dürfe, noch andere journalistische Angebote mittelbar oder unmittelbar beeinflussen dürfe. Dieses beuge einer politischen Vereinnahmung vor und schließe einen Staatsfunk aus. So werde garantiert, dass sowohl antidemokratische als auch demokratische Kräfte den ÖRR nicht für ihre Zwecke missbrauchen könnten. [[10]](#footnote-10)

### Kontrolle

Wenn der Staat also rechtlich gar keine Kontrolle auf den ÖRR ausüben kann, stellt sich die Frage, wie dieser stattdessen gegenwärtig kontrolliert wird. In der Zeitschrift für aktuelle Debatten zur deutschen Wirtschaftspolitik „Wirtschaftsdienst“ erklären Beck und Prinz, in ihrem 2023 erschienen Artikel „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter Druck“, dass eine wichtige Rolle dabei die internen Aufsichtsgremien spielten, beim ÖRR seien das der Rundfunkrat (beim ZDF der Fernsehrat) und der Verwaltungsrat.[[11]](#footnote-11) Der Rundfunkrat überwacht, ob die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosender ihren gesetzlichen Sendeauftrag erfüllen – das heißt, ob sie mit ihrem Programmangebot zur Information, Bildung, Beratung, Kultur und Unterhaltung und zur Sicherheit der Meinungsvielfalt in Deutschland beitragen.[[12]](#footnote-12) Darüberhinaus berate er den Intendanten oder die Intendantin bei allgemeinen Programm­angelegenheiten, genehmig den Haushalt und den Jahresbericht. Die Mitglieder des Rundfunkrates würden von gesellschaftlichen, weltanschaulichen und politischen Organisationen und Gruppen in den Rat entsandt, sollten aber im Interesse der Allgemeinheit entscheiden. Die zweite Kontrollinstanz innerhalb des ÖRRs seien die Verwaltungsräte, sie sollten die Geschäftsführung des Intendanten oder der Intendantin überwachen und kon­trollieren. Sie legten den Haushaltsplan und den Jahresabschluss fest und kontrollierten die Beteiligung des ÖR an Unternehmen. Auch im Verwaltungsrat kämen die Mitglieder aus der Mitte der Gesellschaft; die Mitgliedschaft sei – wie beim Rundfunkrat – ein öffentliches Ehrenamt. Beck und Prinz zeigen allerdings im Artikel auch ihre Perspektive auf, der zufolge die Kontrollgremien des ÖRR unter großem Reformdruck stünden. Dieser müsse in den kommenden Jahren ein effektives System der Unternehmensführung installieren und dessen Finanzierung müsse überdacht werden. Darüber hinaus müssten Anpassungen an eine digitalisierte Medienwelt erfolgen.[[13]](#footnote-13)

## 2.1 Gesellschaftliche Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Strukturvorschlag

Inhalte des Medienstaatsvertrags > Inhaltliche Ziele erklärt (Integration, Gemeinwohl, Meinungsbildung, vierte Säule der Demokratie, Kampf gegen Desinformation) > wie wird das umgesetzt (Staatsferne, Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Finanzielle Unabhängigkeit, Förderung des Kulturbetriebs) > Bewertung der Umsetzung

* Was ist der konkrete Programmauftrag?

Was schreibt der Medienstaatsvertrag konkret vor?

Der Medienstaatsvertrag regelt für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unter anderem allgemeine Programmgrundsätze, den Auftrag für Fernsehen, Hörfunk und Telemedien und das 3-Stufen-Test-Verfahren, des Weiteren das Recht auf unentgeltliche Kurzberichterstattung, Art und Umfang der Rundfunkwerbung, Sponsoring, die Finanzierung aus Rundfunkbeiträgen und Werbung, die Veranstaltung von Satellitenfernsehprogrammen und die Aufteilung der Übertragungskapazitäten sowie die Regeln zur Barrierefreiheit (EU-Richtlinie 2019/882). Am 1. Oktober 2024 ist der fünfte Medienänderungsstaatsvertrag in Kraft getreten. Durch diesen erfolgen Anpassungen einzelner Vorschriften im Medienstaatsvertrag und im Jugendmedienstaatsvertrag an die Anforderungen, die sich aus dem Digital Services Act (DSA) bzw. dem Digitale Dienste Gesetz (DDG) ergeben. Außerdem erfolgt eine Klarstellung für Regionalfenster in den reichweitenstärksten privaten Fernsehprogrammen.-BR2024

Mit dem Inkrafttreten des Medienstaatsvertrags an diesem Samstag findet die größte Renovierungsarbeit am deutschen Medienrecht der letzten Jahre einen vorläufigen Abschluss. Zehn Tage zuvor hatte auch das letzte der 16 Landesparlamente dem Gesetz zugestimmt.

Auf etwa hundert Seiten voller Paragraphen finden sich Regeln, die der heutigen Medienwelt besser entsprechen sollen als die im alten „Rundfunkstaatsvertrag"

Das Gesetz ist allerdings, anders als der Name suggeriert, nicht das einzige für Medien in Deutschland. Die Rechte und Pflichten der Presse regeln weiterhin die Landespressegesetze, für Websitebetreiber gilt das Telemediengesetz und die Höhe des Rundfunkbeitrags steht im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag.

Ein Fernseher ist heute oft nicht mehr nur ein Gerät mit einer begrenzten Anzahl an Programmen, sondern ein mit dem Internet verbundener Computer, ein Smart-TV. So wäre es für die Produzenten der Geräte leicht machbar, gegen Geld zum Beispiel einen Anbieter wie Netflix prominent in seinem Menü zu präsentieren und dafür die lineare TV-Konkurrenz schlechter sichtbar zu machen. Der Medienstaatsvertrag schreibt vor, dass eine Diskriminierung auch hier nicht erlaubt ist. Rundfunkangebote und Mediatheken der öffentlich-rechtlichen und der privaten Sender, die besonders zur Meinungsvielfalt beitragen, müssen leicht auffindbar sein. -Frank2020

Dass auch Öffentlich-Rechtliche das machen, stört die Verlage schon lange, weil sie darin eine illegitime Konkurrenz sehen. Sie sprechen von „Presseähnlichkeit“. Denn im Netz sind Texte der Öffentlich-Rechtlichen nur einen Klick von Texten der Verlage entfernt. Während die einen durch den Rundfunkbeitrag schon finanziert und frei im Netz sind, müssen die anderen verkauft werden.

2011 haben acht Verlage gegen die damalige Form der Tagesschau-App geklagt, weil sie ihnen zu „presseähnlich“ war. Nach jahrelangen Verfahren gab es am Ende eine Einigung zwischen beiden Seiten, die teilweise inzwischen auch so im Medienstaatsvertrag steht. „Presseähnliche Angebote“ sind den Sendern jetzt verboten, auch wenn umstritten ist, was „presseähnlich“ bedeutet. Der Schwerpunkt der Angebote jedenfalls soll bei Videos und Audios liegen. Texte müssen einen Bezug zu einer Radio- oder Fernsehsendung haben.-Fries2022

Die textlastigen Informationen auf den Internet-Portalen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks machen der Presse weiterhin Konkurrenz. Durch den Medienstaatsvertrag ist dieses durch Rundfunkgebühren finanzierte Angebot jedenfalls nicht gedeckt. Obwohl das Recht hier eindeutig ist, werden Grundprinzipien des verfassungsmäßigen Nebeneinanders von Rundfunk und Presse regelmäßig missachtet.

Die ARD und ihre Rundfunkanstalten haben keinen Grundversorgungsauftrag für Textjournalismus.

Öffentlich-rechtliche Telemedienangebote dürfen nicht presseähnlich sein und sind daher im Schwerpunkt mittels Bewegtbild und Ton zu gestalten. Ausnahme: Texte auf Übersichtsseiten sowie solche mit konkretem Sendungsbezug.

-Lauer2022

**Was wird geprüft?**  
Im Rahmen des Drei-Stufen-Tests wird geprüft:

* inwieweit das neue Telemedienangebot oder die wesentliche Änderung den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht
* in welchem Umfang durch das neue Telemedienangebot oder die wesentliche Änderung in qualitativer Hinsicht zum publizistischen Wettbewerb beigetragen wird und
* welcher finanzielle Aufwand für das neue Telemedienangebot oder die wesentliche Änderung erforderlich ist.

Dabei sind Quantität und Qualität der vorhandenen frei zugänglichen Telemedienangebote, die Auswirkungen auf alle relevanten Märkte des geplanten neuen Telemedienangebots oder der wesentlichen Änderung sowie jeweils deren meinungsbildende Funktion angesichts bereits vorhandener vergleichbarer frei zugänglicher Telemedienangebote, auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zu berücksichtigen. -MDR2024

* Welche inhaltlichen Ziele sind gesetzlich festgelegt (z. B. Meinungsbildung, kulturelle Vielfalt)?

Öffentlich-rechtliche Medienunternehmen leisten aufgrund ihrer gesetzlich verankerten Bildungs- und Informationspflicht über alle wichtigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Fragen als vierte Säule der Demokratie einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft.

„Traditionell, das heißt von seiner Gründungsidee her, ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf Integration verpflichtet. Gemeint war damit, gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen, alle gesellschaftlichen Schichten anzusprechen, deren Teilhabe am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess zu ermöglichen, auseinanderstrebende Tendenzen der Massengesellschaft zusammenzuführen, alle Bürger oder doch möglichst viele am Zeitgespräch der Gesellschaft zu beteiligen sowie Bürgersinn und Engagement für das demokratische Gemeinwesen zu motivieren.“ - Lilienthal 2009

* Welche Grundsätze gelten (z. B. Ausgewogenheit, Staatsferne, Gemeinwohlorientierung)?

Gemeinwohl […] meint allg. das Wohlergehen aller Mitglieder einer Gemeinschaft, auch öffentl. Interesse, im Ggs. zu Privatwohl und Partikularinteresse: es kann auch definiert werden als der allg. Zweck bzw. die gemeinsamen Ziele und Werte, zu deren Verwirklichung sich Menschen in einer Gemeinschaft zusammenschließen.“ Nohlen2015

* Wie erfüllen öffentlich-rechtliche Medien diesen in der Praxis?
* Wie erfüllt ÖRR seinen Bildungsauftrag?

Öffentlich-rechtliche Anbieter haben die Aufgabe der Grundversorgung der gesamten Bevölkerung ohne Rücksicht auf Einschaltquoten. Grundversorgung meint die technische und inhaltliche Sicherung einer umfassenden Berichterstattung. Es soll ein an die Allgemeinheit gerichtetes, inhaltlich vielfältiges Programm sowie eine möglichst flächendeckende Übertragung sichergestellt werden. Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks leitet sich aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes ab, der die Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit regelt, und ist in Rundfunkgesetzen und dem Rundfunkstaatsvertrag ausgestaltet. Demzufolge soll der Rundfunk durch die Auswahl von Programmen und Themen die freie Meinungsbildung und kulturelle Vielfalt gewährleisten. Ferner soll er mit seinem Angebot der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung den Rezipienten dienen.

Im Rundfunkstaatsvertrag wird im zweiten Abschnitt § 11 Satz 1 darauf verwiesen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in ihren Angeboten "einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben" haben. Dadurch soll die internationale Verständigung, die europäische Integration und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Bund und Ländern gefördert werden. Der Informationsbegriff wird im Rundfunkstaatsvertrag (§ 2) sehr weit gefasst und umfasst Nachrichten und Zeitgeschehen, Zeitgeschichtliches, politische Information, Wirtschaft, Auslandsberichte, Religiöses, Sport, Regionales, Gesellschaftliches und Service. Bildung bezieht sich auf die Bereiche "Wissenschaft und Technik, Alltag und Ratgeber, Theologie und Ethik, Tiere und Natur, Gesellschaft, Kinder und Jugend, Erziehung, Geschichte und andere Länder". -Hoffmann2016

* Die Rolle des ÖRR für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Eine höhere Nutzungsfrequenz öffentlich-rechtlicher Nachrichtenangebote geht damit einher, sich selbst und andere mit ihren politischen Ansichten als angemessen repräsentiert wahrzunehmen. Bürger:innen, die den ÖRR intensiver nutzen, scheinen also mehr Einblicke in die Heterogenität der Gesellschaft zu erhalten. Zudem hängt die Nutzungsintensität des ÖRR ebenso positiv mit einem als höher empfundenen Gemeinschaftsgefühl zusammen. - Stegmann2024

- wie fördern die ÖRR der Kulturbetrieb in Deutschland?

* wie nützlich sind ÖRR im Kampf aktuell so relevanten Kampf gegen Missinformationen?

**Conclusion**  
Misinformation and disinformation impact society as a whole, calling for an expanded remit for PSM. PSM can play an important role in combating disinformation due to their public service remit. The literature has discussed three approaches to PSM in this respect: dedicated fact-checking (e.g. Horowitz and Lowe, 2020; Horowitz et al. 2022; Kyriakidou and Cushion, 2021), enhancing media literacy (e.g. Horowitz et al., 2022), and building robust genuine PSM platforms (e.g. Thomaß, 2020). Although these approaches offer opportunities, they have been shown to have limitations. For example, ideological stances can affect the effectiveness of fact-checking efforts in correcting false information (Nyhan and Reifler, 2010).

For PSM to effectively undertake this, it needs to meet several prerequisites: (a) ensure political independence, (b) garner high trust across different segments of society, (c) achieve widespread reach throughout all parts of society and (d) maintain sufficient resources (see also Horowitz and Lowe, 2020: 181–182; Horowitz et al., 2022). -Sehl2024

**Three approaches to fight against misinformation and disinformation**  
This section looks at three approaches that PSM can use to promote an informed population in the midst of disinformation. This may require adapting or expanding their remit.

**Fact-checking**  
The first approach focuses on fact-checking as a procedure for assessing the accuracy and truthfulness of, for example, claims or statements (Graves and Amazeen, 2019). While PSM are not the only organisations with the capacity or responsibility for fact-checking, their public mission and funding make them particularly well-positioned to address misinformation and disinformation (Horowitz et al., 2022: 860). This approach, however, depends on PSM being recognised as independent and credible, as discussed above.

There are already many PSM initiatives for fact-checking. For example, the first political fact-checking initiative in Europe was Channel 4’s FactCheck (Kyriakidou and Cushion, 2021: 532), operating in the United Kingdom as a commercially funded PSM organisation. It started as a blog that covered the 2005 general election and became permanent in 2010 (Graves and Cherubini, 2016: 6). Similarly, Faktenfuchs (‘Fact Fox’ in English), is a fact-checking initiative developed by Bayerischer Rundfunk (BR), a regional PSM organisation in Germany. BR describes its work and standards in detail to the public (see BR, 2022) and addresses challenges such as the selection of claims to fact-check. Faktenfuchs covers an array of subjects, including politics, the environment, medicine and societal issues. The selection of topics for investigation is driven by a mix of sources: suggestions emerge from social media platforms, comment sections, and BR reporting, sometimes directly from BR’s own social media editors who monitor user interactions, as well as from general audience contacts. In addition, software tools are used to scan the internet for potentially interesting content. Faktenfuchs also emphasises the transparency of its work, for example by explaining how it selects topics. A number of factors are taken into account such as the urgency of the issue, its relevance, its widespread distribution, the feasibility of verification and the availability of resources (BR, 2022).

Regarding whether PSM should engage in fact-checking, the effects are also relevant. Research on the ability of fact-checking to correct false beliefs shows mixed results (see the systematic literature review on the effects of fact-checking by Nieminen and Rapeli, 2019). Nevertheless, some studies actually find evidence that fact-checking can counteract misperception (e.g. Porter et al., 2017; Weeks, 2015; Weeks and Garrett, 2014). It should be noted, however, that ideological attitudes can play a role in whether fact-checking works (Nyhan and Reifler, 2010). There has also been discussion of backfire effects, whereby fact-checking may serve to reinforce false beliefs. Although Nyhan and Reifler (2010) observe this phenomenon, other studies do not find backfire effects (e.g. Weeks and Garrett, 2014; Wood and Porter, 2019). A reason for these different outcomes is thought to be motivated reasoning, meaning that individuals process information in a way that fits with their existing beliefs (Lodge and Taber, 2000).

**Enhancing media literacy**  
The second area in which PSM can exert a considerable influence is the enhancement of media literacy, which includes strengthening citizens’ ability to critically assess the media content to which they are exposed (see also Horowitz et al., 2022: 860).

Several examples of PSM demonstrate this practice including the following two: MDR, a regional PSM organisation in Germany, hosts *Medien 360 Grad*, a platform focussed on exploring media literacy, media culture, and media policy. A main feature of *Medien 360 Grad* is its interactive approach, inviting users to submit claims or narratives for fact-checking. The platform also provides educational materials, including articles, videos and guides, aimed at enhancing users’ ability to recognise misinformation and disinformation, verify sources, and critically evaluate news content.

Another approach is taken by SRG, a Swiss PSM organisation that, in collaboration with partners, has launched a digital self-test that aims to enhance media literacy and to improve the ability to deal with misinformation and disinformation. The *Newstest* is available in German and French and is based on a German study (Meßmer et al., 2021). It is structured around five areas: navigating news websites and social media, assessing the quality of news, determining the reliability of information, sources, and images, critically interacting with online information, and understanding media and digital platforms (SRG SSR, 2023).

Data from the Media Intelligence Service of the EBU demonstrates that media literacy projects are considered relevant by PSM: At least 54 of the EBU’s PSM organisations offer media literacy projects (EBU, 2023: 33) and 86 percent of the EBU PSM organisations consider media literacy projects to be of extreme or substantial importance (EBU, 2023: 34). These initiatives target the general public and parents, with a focus on children, schools and educators (EBU, 2023: 35). The methods used include the provision of school materials for students and teachers, workshops and articles aimed at enhancing media literacy (EBU, 2023: 39). They focus primarily on news, with a particular emphasis on tackling misinformation and disinformation (93%). Understanding media mechanisms and navigating media content are also important issues (80%), as is developing general digital skills such as evaluating online information and using online platforms (77%). Democratic participation (70%) and online safety (70%) are also common subjects in these programmes.

In 2023, a significant number of initiatives indicated plans to focus increasingly on advanced digital skills, particularly in relation to generative AI and algorithmic recommendations (41%) (EBU, 2023: 36). This may include issues such as deepfake images and the operation of algorithms and their consequences and emphasises the evolving nature of media literacy projects.

Media literacy projects offer opportunities for empowerment, but they also come with challenges. Often, these initiatives lack an evidence-based approach, which limits the ability to determine their effectiveness in combating misinformation and disinformation (Dumitru et al., 2022). Furthermore, experimental evidence suggests that Media and Information Literacy (MIL) training may only have short-term effects on the ability to identify fake news (Dame Adjin-Tettey, 2022). Although information literacy can enhance the recognition of disinformation, media, news, and digital literacies may not provide the same benefits (Jones-Jang et al., 2021). Krämer (2021: 22) describes media literacy as ‘at best half of the solution’. He notes the limitations of media literacy, even at its highest level, without a solid foundation in general education, world knowledge, and institutional structures that support the evaluation of plausibility and source credibility (Krämer, 2021: 23).

**Genuine PSM platforms**  
Recently, the conversation around the need for genuine PSM platforms has intensified, highlighted by initiatives such as the ‘Beyond Platforms Initiative’, ‘SDEPS – Shared Digital European Public Sphere’, ‘EPOS – European Public Open Spaces’ and ‘POS – Public Open Spaces’ (Thomaß, 2020).

Genuine PSM platforms are those managed by PSM organisations, rather than by commercial entities. Ideas include platforms where several PSM organisations and non-commercial organisations, for example, from the cultural sector, bundle their content for a wider audience and allow for active audience participation. This model seeks to counterbalance the influence of commercial platforms like Meta, which may prioritise commercial interests and inadvertently have a negative impact on democracies (e.g. Thomaß, 2020: 7). In contrast, it is believed that with access to reliable PSM sources, the spread and impact of disinformation on these commercial platforms could be significantly mitigated (Thomaß, 2020: 13–14). These genuine PSM platforms could foster public-interest spaces that are independent of government and market pressures, adhering to high-quality standards (Grassmuck, 2018).

Some small-scale projects have already started; for example, the German PSM organisations ARD and ZDF have been working on a technological solution for their platforms to present each other’s content on their respective platforms. They also mentioned that they could imagine including more public-value-oriented players in the future (tagesschau, 2024). However, the realisation of a more comprehensive genuine PSM platform, for example, across Europe, depends on media policy decisions as well as the willingness of various relevant actors to share a space (Thomaß, 2020: 13–14), so that implementation remains uncertain.

-Gibt es Zielkonflikte zwischen Quote und Auftrag?

-Wie verändert die Digitalisierung die Umsetzung des Auftrags?

* Ist die Erfüllung des Auftrags heute nachweisbar?

-Gibt es Verfahren oder Studien zur Wirkung des ÖRR auf die Gesellschaft?

-Gibt es Kritik an der Wirkung oder Wahrnehmung des ÖRR?

-Wie wird über die Erfüllung des Auftrags Rechenschaft abgelegt?

„Traditionell, das heißt von seiner Gründungsidee her, ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf Integration verpflichtet. Gemeint war damit, gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen, alle gesellschaftlichen Schichten anzusprechen, deren Teilhabe am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess zu ermöglichen, auseinanderstrebende Tendenzen der Massengesellschaft zusammenzuführen, alle Bürger oder doch möglichst viele am Zeitgespräch der Gesellschaft zu beteiligen sowie Bürgersinn und Engagement für das demokratische Gemeinwesen zu motivieren.“ - Lilienthal 2009

## 2.3.2. Zufriedenheit

* Zustand der öffentlich Rechtlichen?
* Wie zufrieden sind Beitragszahler mit den Leistungen die sie für ihr Geld erhalten?
* Was ist die Datenlage zu diesen Fragen?

In einer repräsentativen Umfrage des FGZ-Standorts Hamburg wurden 1.001 Erwachsene in Deutschland dazu befragt, welche Medienangebote sie nutzen, um sich über aktuelle Ereignisse zu informieren. Die Befunde bestätigen das Bild, das wir auch aus anderen Studien kennen: Eine große Mehrheit der Bevölkerung, in unserer Studie 83,5 Prozent der Befragten, nutzt das öffentlich-rechtliche Fernsehen; 58,5 Prozent der Befragten schalten es sogar täglich oder mehrmals täglich ein, um auf dem Laufenden zu bleiben. Dicht gefolgt wird das öffentlich-rechtliche Fernsehen vom öffentlich-rechtlichen Hörfunk. Auch das Privatfernsehen wird von 62,5 Prozent der Befragten zur Information genutzt – allerdings eher gelegentlich als täglich. Für die tägliche Information sind neben den öffentlich-rechtlichen Medien auch soziale Medien wie Facebook, Twitter, Instagram und TikTok sehr beliebt: Die Hälfte der Befragten gibt an, diese zu nutzen, 35,2 Prozent sogar täglich. YouTube wird ebenfalls von der Hälfte der Befragten genutzt, aber eher wöchentlich oder noch seltener.

* Haben die Beitragszahler das Gefühl von den öffentlich Rechtlichen akkurat und gewissenhaft informiert zu werden?

An der standardisierten Mixed-Mode-Be- fragung, die für deutschsprachige Personen ab 14 Jahren repräsentativ ist, haben im Oktober und November 2023 1.237 Personen teilgenommen.   
81 Prozent der Befragten etwa halten es für wichtig oder sehr wichtig, dass das ZDF einen Bildungsbeitrag leistet

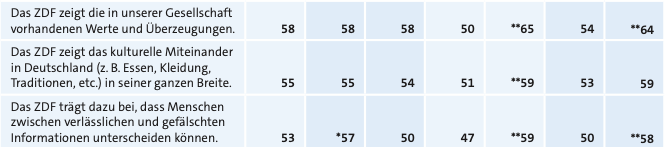
Im Vergleich ausgewählter Angebote aus diesen beiden Bereichen schreiben 53 Prozent der Befragten den öffentlich- rechtlichen Medien einen starken oder sehr starken Beitrag zur Bildung in Deutschland zu, was auf dem gleichen Niveau liegt wie die Bewertungen von Tages- und Wochenzeitungen, Sozialen Medien sowie von Vereinen (vgl. Ta- belle 1). Höhere Werte erreichen in der Abfrage Volkshochschulen (65 %), Wiki- pedia (62 %) sowie Museen (59 %) und öffentliche Bibliotheken (58 %). Deut- lich geringere Anteile der Bevölkerung schreiben hingegen Theatern sowie Gewerkschaften (jeweils etwa ein Drittel) sowie Kirchen und Boulevardzei- tungen (jeweils 16 %) einen starken oder sehr starken Bildungsbeitrag zu.

Die Ergebnisse zeigen auch, dass signifikant mehr Menschen mit formal hoher Bildung (Fachhochschulreife oder Abitur) den Bildungsbeitrag nahezu aller außerschulischen Institutionen als stark einschätzen. Das Geschlecht und das Alter hingegen machen nur vereinzelt einen Unterschied. So bewerten etwa signifikant mehr Menschen über 50 Jahren den Beitrag von Volkshochschulen und Theatern als (sehr) stark, während signifikant mehr jüngere Menschen Wikipedia und Sozialen Medien – hier gibt es mit 64 zu 41 Prozent die größte Spannweite – einen Bildungsbeitrag zuschreiben.

Formale Bildung gering:44%/formale Bildung hoch 65% halten ÖRR für wichtig bei Bildung

Zum anderen sind Informationsleis- tungen des ZDF berührt, nämlich die Erwartungen, dass das ZDF eine verläss- liche Informationsquelle in Krisenzeiten sein soll (86 %), und dass es Menschen dabei unterstützen soll, zwischen verlässlichen und gefälschten Informatio- nen unterscheiden zu können (85 %). Und mehr als zwei Drittel bzw. mehr als die Hälfte der Befragten erwarten vom ZDF, die kulturelle Vielfalt in Deutsch- land abzubilden bzw. die gesamte Breite der Kunst- und Kulturszene in Deutsch- land zu zeigen.

Dass das ZDF einen Beitrag zur Bildung der Menschen in Deutschland leiste, bejahen 62 Prozent ganz oder weitgehend. Und immer noch etwa die Hälfte der Befragten stimmt beispielsweise den Aussagen zu, dass das ZDF die Kunst- und Kulturszene in ihrer ganzen Breite abbilde (48 %) oder dabei helfe, verlässliche von gefälschten Informationen zu unterscheiden (53 %). -Hasebrink2025

Bild

* Welche Teile der Gesellschaft sind wie zufrieden?
* Gibt es Spaltungen in der Wahrnehmung?
* Haben Zahler den Eindruck von Transparenz und Kontrolle über die Verwendung ihrer Ressourcen?
* Welche psychologischen Faktoren prägen die Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Medien?
* Wie wirken sich bestehende Narrative oder Vorurteile auf das Vertrauen aus?
* Welche Rolle spielt „gefühlte Repräsentation“ im Urteil über Programmqualität?

## 2.2 Historische Entwicklung

hypothese: Die heutigen Kontrollstrukturen der ÖRR sind in einem Kontext entstanden die sie bis heute prägen und nicht mehr zeitgemäß. Darüber hinaus sind sie geprägt von den historisch bedingt beschränkten technologischen Möglichkeiten zum damaligen Zeitpunkt

* In welchem historischen Kontext sind öffentlich-rechtliche Medien entstanden?
* Welche Gründe führten zu ihrer heutigen Struktur?
* Wie wurden Veränderungen gesellschaftlicher und technologischer Rahmenbedingungen bisher aufgegriffen?

# 3. Technologische Veränderungen und ihre Bedeutung

* Welche technologischen Möglichkeiten gab es zum Zeitpunkt der Entstehung öffentlich-rechtlicher Strukturen?
* Wie haben sich diese Möglichkeiten seitdem verändert?
* Welche technischen Entwicklungen ermöglichen neue Formen der Steuerung, Kontrolle und Partizipation?
* Warum wird auf bestimmte Technologien verzichtet – und wer profitiert davon?
* Inwieweit ist die gegenwärtige Struktur Ergebnis technischer Limitationen der Vergangenheit?

# 4. Interaktion der Beitragszahler mit öffentlich-rechtlichen Medien

* Welche Mechanismen zur Mitbestimmung oder Rückmeldung existieren heute?
* Wie funktioniert gegenwärtige Kontrolle durch Bürger\*innen?
* Welche Institutionen existieren, und wie funktionieren sie konkret?
* Wie repräsentativ und wirksam sind diese Institutionen?
* Welche Rolle spielen Feedbacksysteme, Medienkritik, Social Media oder Nutzerverhalten?
* Wer nutzt die öffentlich-rechtlichen Angebote tatsächlich?

# 5. Die GEZ

* Was ist die GEZ?
* Wer kontrolliert den GEZ Satz?

1. *Begriff:* Die KEF ist ein unab­hängiges Sachverständigengremium, das durch Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder am 20.2.1975 gegründet wurde. Aufgabe der KEF ist es, unter Beachtung der Programm­autonomie der Rundfunkanstalten den von diesen angemeldeten Finanzbedarf zu überprüfen, den Finanzbedarf festzu­stellen und auf dieser Grundlage Empfeh­lungen über die Höhe der Rundfunkgebühr abzugeben. Aufgaben und Zusammensetzung der KEF sind im Rundfunkfinanzierungs-Staatsvertrag (RFinStV) in den §§ 1 bis 7 festgelegt.

2*. Aufgaben:*Aufgabe der KEF ist die Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten unter Beachtung der Programmautonomie. Gegen­stand der Überprüfung ist die Frage, ob sich die Programmentscheidungen im Rahmen des rechtlich umgrenzten Rundfunkauftrages halten und ob der aus ihnen abgeleitete Fi­nanz­be­darf im Einklang mit den Grund­sätzen von Wirtschaftlichkeit und Spar­samkeit ermittelt wor­den ist. Die Feststellung des Finanzbedarfs der Rund­funk­anstalten erfolgt auf der Grundlage der Methode des Index­gestützten Integrierten Prüf- und Berech­nungs­verfahren (IIVF). Dadurch ist eine objektivierte/ transparente und somit für Dritte nachvollziehbare Ermittlung des Finanz­bedarfs der Rundfunk­anstalten gegeben. Bei der Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs sind die Rundfunk­anstalten ange­messen zu beteiligen. Vor der abschließenden Meinungsbildung in der KEF ist den Rundfunkanstalten und der Rundfunk­kommission der Länder Gelegenheit zur Stellungnahme und Erörterung zu geben. Zu diesem Zweck wird den Institutionen der Berichtsentwurf der KEF zugesandt.

3. *Bericht:* Der Prüfbericht der KEF ist den Landesregierungen nach § 3 IIX RFinStV mindestens alle zwei Jahre zu erstatten. Gegenstand des Prüfberichts ist

a) die Darstellung der Finanzlage der Rundfunkanstalten und

b) die Beurteilung, ob und in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt eine Änderung der Rundfunk­gebühren erforderlich ist. Die KEF weist zugleich auf die Notwendigkeit und Möglichkeit für eine Änderung des Finanzausgleichs der Rund­funkanstalten hin. Weiterhin beziffert sie prozentual und beitragsmäßig die Aufteilung der Gebühren im Verhältnis von ARD und ZDF und den Beitrag des Deutschlandradios. Der Prüfbericht bildet die Grundlage für die Entscheidung der Landesregierungen und der Landesparlamente.

4. *Zusammensetzung:* Die Kommission besteht aus 16 unabhängigen Sachverständigen, die jeweils für eine Dauer von fünf Jahren von den Ministerpräsidenten der Länder berufen werden (§ 4 V RFinStV). Eine Wiederberufung ist zulässig. Elf der 16 Sachverständigen sollen aus den Bereichen Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung, Betriebswirtschaft, Rund­funk­recht, Medienwirtschaft und Medien­wissen­schaft sowie Rundfunktechnik und fünf Sachverständige aus den Landesrechnungs­höfen berufen werden. Die Kosten der KEF und ihrer fachlich und haushalts­mäßig unabhängigen Geschäftstelle werden vorab durch die Rundfunkgebühr gedeckt. Sjurts2019

* Wer muss GEZ bezahlen?
* Dimensionen? Menge an Ressourcen?
* Wer entscheidet wer wie viel GEZ erhält?

## 5.1 Verteilung finanzieller Ressourcen

* Wer bekommt welche Ressourcen zugeteilt?
* Wie deckt sich die Verteilung der Ressourcen mit dem Programmauftrag?
* Wer entscheidet über die Verteilung der Ressourcen?
* Gibt es Daten zum Vergleich der Interessen deutscher Bürger mit der Verteilung von Ressourcen? Decken sich die Anteile?

# 6. Gesellschaftliche Partizipation und internationale Perspektiven

## 6.1 Gesellschaftliche Partizipation

* Was ist Partizipation?
* Welchen Sinn hat Partizipation?
* Welche Auswirkungen hat Partizipation? Welche Auswirkungen wären möglich?
* Wie könnte Partizipation im Kontext öffentlich rechtlicher Medien aussehen?
* Gibt es Beispiele für partizipativere Medien? Wie gut funktioniert das?

## 6.1 Internationale Beispiele partizipativer Medien-Governance

* Welche vergleichbaren Modelle gibt es im Ausland?
* Was lässt sich aus diesen Beispielen lernen?
* Wo sind kulturelle, rechtliche oder strukturelle Unterschiede?

# 7. Technologische und inhaltliche Anforderungen heute

* Welche gesellschaftlichen Anforderungen gelten heute für öffentlich-rechtliche Medien?
* Welche davon werden nicht (mehr) erfüllt?
* Wie kann moderne Technologie zur Verbesserung von Qualität, Vertrauen und demokratischem Nutzen beitragen?

# 8. Methodisches Vorgehen und gestalterische Haltung

* Welche Rolle spielt spekulatives Design im Projekt?
* Wie wird Gestaltung als Erkenntnismittel eingesetzt?
* Welche Validierungsformate kommen zum Einsatz (z. B. Interviews, Workshops)?
* Welche Haltung nimmt die Arbeit gegenüber gesellschaftspolitischen Wirkungen ein?

# 9. Prototypische Entwürfe als Lösungsansätze

* Welche inhaltlichen Anforderungen adressieren die einzelnen Prototypen?
* Welche Technologien werden wie eingesetzt?
* Welche Chancen und Herausforderungen entstehen daraus?

# 10. Gefahren

https://verfassungsblog.de/offentlich-rechtlicher-rundfunk-afd-emfa/

* Welche Risiken entstehen durch die vorgeschlagenen Veränderungen?
* Populismus, Desinformation, Vertrauensverlust – wie kann man ihnen begegnen?

# 11. Gesellschaftlicher Nutzen

* Lässt sich durch Reformen der informative, demokratische und finanzielle Nutzen steigern?
* Besteht realistische Aussicht auf mehr Vertrauen, bessere Qualität und Beteiligung?
* Wie tragen Reformideen zum gesellschaftlichen Diskurs bei?

# 11.1 Mögliche Langzeitwirkungen und Zukunftsszenarien

* Wie würde sich ein partizipatives Modell langfristig auswirken?
* Welche realistischen, utopischen oder dystopischen Entwicklungspfade sind denkbar?

Literaturverzeichnis

Die Formatierungsvorgaben für das Literaturverzeichnis sollten Sie mit dem/der betreuenden Erstprüfer\*in abstimmen. Falls keine Angaben gemacht werden, können Sie sich z. B. am [APA-Standard](https://www.scribbr.de/apa-standard/literaturverzeichnis-laut-apa-standard/) orientieren. Wichtig ist, dass das Literaturverzeichnis vollständig ist und Sie nur die Quellen angeben, die Sie im Rahmen Ihrer Bachelorarbeit wörtlich zitiert oder sinngemäß wiedergegeben haben. Literatur, die Sie lediglich zur Vorbereitung genutzt haben, gehört nicht in das Literaturverzeichnis. Achten Sie auf eine einheitliche Darstellung, verwenden Sie wissenschaftliche Quellen, und sortieren Sie die Quellen im Literaturverzeichnis alphabetisch (also nicht in der Reihenfolge des Auftretens im Text, sondern alphabetisch nach den Nachnamen der Autoren sortiert). Hinweis: Wikipedia gilt nicht als wissenschaftliche Quelle. Bei Internetquellen wird das Datum des letzten Aufrufs mit angegeben.

Anhang

Bestandteil eines Anhangs können umfangreiche Datenreihen sein, Quelltexte, transkribierte Interviews oder ergänzende Informationen wie z. B. Datenblätter. Falls Sie Ihren Anhang untergliedern, erscheint diese Gliederung auch im Inhaltsverzeichnis Ihrer Bachelorarbeit.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit mit dem Titel:

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

selbständig und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln verfasst habe. Alle Passagen, die ich wörtlich aus der Literatur oder aus anderen Quellen wie z. B. Internetseiten übernommen habe, habe ich deutlich als Zitat mit Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Datum |  | Unterschrift |

1. FriedrichEbertStiftung2022 [↑](#footnote-ref-1)
2. KurzundKnappRedaktion2020 [↑](#footnote-ref-2)
3. KurzundKnappRedaktion2020 [↑](#footnote-ref-3)
4. Frank2020 [↑](#footnote-ref-4)
5. bpb2010 [↑](#footnote-ref-5)
6. Steinlein2023 [↑](#footnote-ref-6)
7. Piepenbrink2009 [↑](#footnote-ref-7)
8. Steinlein2023 [↑](#footnote-ref-8)
9. Bovermann2024 [↑](#footnote-ref-9)
10. Bovermann2024 [↑](#footnote-ref-10)
11. Beck2023 [↑](#footnote-ref-11)
12. Steinlein2023 [↑](#footnote-ref-12)
13. Beck2023 [↑](#footnote-ref-13)